



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.415.024

Wien, am 1. August 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Juni 2023 unter der Nr. **15261/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verlust des Anspruchs auf einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld bei mehr als 14-tägigem Krankengeldbezug 2022“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

1. *Wie viele Personen erlitten im Jahr 2022 aufgrund eines mehr als 14-tägigen Bezugs von Krankengeld finanzielle Einbußen beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld?*
2. *Wie viele Tage wurde der 2-wöchige Krankengeldbezug im Durchschnitt überzogen?*
3. *Wie hoch war der durchschnittliche prozentuelle Anteil, um den sich das Kinderbetreuungsgeld verringerte?*
4. *Wie hoch war der durchschnittliche Betrag, um den sich das Kinderbetreuungsgeld verringerte?*

Ich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 6813/J vom 26. Mai 2021 und Nr. 9795/J vom 17. Februar 2022 verweisen.

Zu Frage 5:

5. Wann planen Sie eine Evaluierung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes, um insbesondere die von der Volksanwaltschaft vorgeschlagenen Änderungen umzusetzen?

In den Jahren 2018 bis 2021 (Erscheinungsdatum 2022) fand eine umfassende Evaluierung des Kinderbetreuungsgeldes durch das Österreichische Institut für Familienforschung statt. Diese ist unter <https://www.oif.ac.at/forschung/projekte/kinderbetreuungsgeld/> abrufbar.

MMag. Dr. Susanne Raab